

Dat Pöggsken

MAI 2020 / Nr. 102

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

Guten Tag, liebe Leserin und lieber Leser!

Die Liebe in den Zeiten der Cholera.....Nein, halt, stopp. Nochmal von vorne:

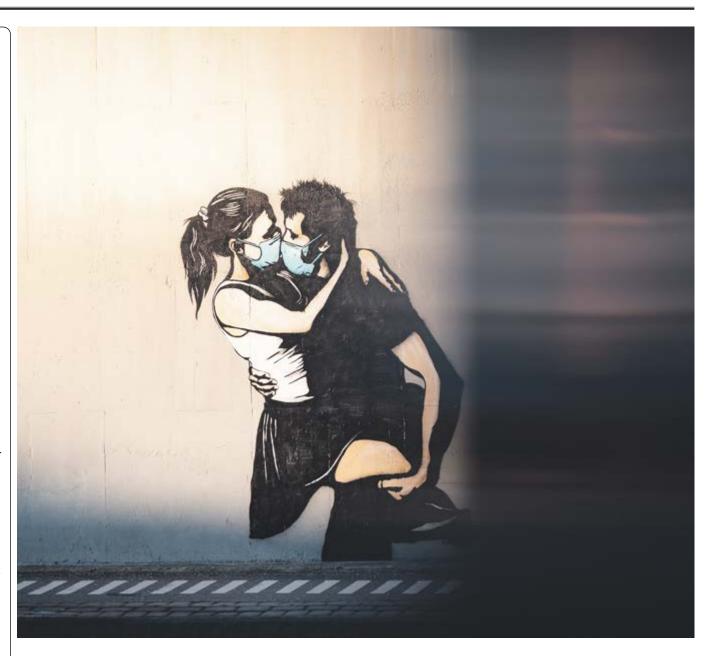
Dat Pöggsken in den Zeiten von Corona - tja - macht eigentlich das gleiche wie immer: Es beschreibt das aktuelle Geschehen aus seiner Sicht und versucht dabei an der ein oder anderen Stelle auch mal eine andere Perspektive zu bieten. Gar nicht einfach, wenn sich die Perspektive einer ganzen Gesellschaft sowieso verschoben hat.

Jetzt sind wir wieder auf dem Weg zurück in die Normalität. Aber was ist denn Normalität? Einfach nur so wie vor Corona wird es nicht werden. Abstandsregeln, Masken, der Verzicht auf den Händedruck und einiges mehr wird uns noch lange erhalten bleiben. Aber wir werden uns daran gewöhnen und uns so eine neue, etwas veränderte Normalität schaffen.

Bleiben wird die Erfahrung, dass nicht immer alles so bleibt, wie es ist. Das muss uns aber nicht verunsichern, wenn wir wissen, dass wir darauf reagieren, damit umgehen können.

Und vieles wird ja auch bleiben, so auch dat Pöggsken. Wir wünschen Ihnen und Euch viel Spaß damit, in einer entspannten ganzen oder halben Stunde.

Ihre und Eure Pöggskenredaktion



Demokratie im Lockdown

Kommunalpolitik aus dem Home Office

Was machen eigentlich die KommunalpolitikerInnen in Telgte während Corona? Füße hoch und stillhalten? Wir können nur von der Grünen Fraktion berichten.

Zunächst ist der Lockdown auch für uns ein Stillstand im kommunalpolitischen Geschäft. Jede/r hat plötzlich, wie alle anderen auch, die eigene berufliche und familiäre Situation zu organisieren: Die einen mit Kindern und Homeoffice, die anderen mit zusätzlichen beruflichen He-

rausforderungen, zum Beispiel in Pflegeeinrichtungen.

Bei Kontaktverbot gibt es natürlich auch keine grüne Fraktionssitzung wie sonst dienstags im Rathaus. Wolfgang Pieper informiert die Fraktionen regelmäßig über die Lage in der Verwaltung – ein Ausnahmezustand, die alltäglichen Abläufe auf den Kopf gestellt, 80 Prozent coronabedingte Arbeitsaufgaben.

Wir bieten Unterstützung an – ist aber schwierig. Der

große Teil der praktischen Organisation des neuen Lebens muss einfach im Rathaus koordiniert werden. Es folgen am 24. März und am 20. April zwei Sondersitzungen des Ältestensrates (also der Fraktionsvorsitzenden mit Bürgermeister und den Fachbereichsleitungen). Eine Ratssitzung und Ausschüsse fallen aus.

Es werden Dringlichkeitsentscheidungen zum Beispiel über öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, den Erschließungsvertrage für das Bebauungsplangebiet "Lütke Esch II" im kleinen Kreis zwischen Christoph Boge (CDU) und Wolfgang Pieper getroffen. Damit diese auch demokratisch gültig sind, sollen sie in der nächsten Ratssitzung von allen bestätigt werden.

Nach drei Wochen reicht der restlichen grünen Fraktion aber die Abgeschie-

Weiter auf Seite 6



Liebe Telgterinnen und Telgter,

so langsam kann man es ja fast nicht mehr hören: Seit Wochen Corona, Corona, Corona – und es ist ja noch kein Ende in Sicht. Und dann diese unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Informationen, die ständig neuen Regelungen und Maßnahmen, die Verordnungen und Erlasse, Beschränkungen und Kontaktverbote... Man könnte sich in Rage schreiben.

Nützt aber nichts. Die Situation ist wie sie ist, die Auswirkungen waren, sind und bleiben dramatisch und zugleich unklar. Aber die Corona-Krise hat meines Erachtens auch gezeigt, dass staatliche und kommunale Stellen, dass Bund, Länder und Kommunen in der Lage sind, strukturiert und effektiv mit einer solchen Krise umzugehen. Und das beruhigt mich.

Wenn es auch sonst genug zu kritisieren und zu bemängeln gibt, Deutschland geht alles in allem einen guten und vernünftigen Weg in der Corona-Krise, die Politik wirbt für Akzeptanz und Einhaltung der Regeln, und die meisten Menschen verhalten sich umsichtig und rücksichtsvoll, schützen sich und andere.

Es gibt auch durchaus Aspekte, die wir aus dieser schwierigen Phase lernen und hoffentlich mitnehmen können: Die Wichtigkeit von ärztlicher Versorgung und Pflege, die Wichtigkeit von Betreuung und Unterstützung Hilfebedürftiger, die enorme Bedeutung der Digitalisierung und die Notwendigkeit, ihre Potenziale zur Kommunikation und Ressourcenschonung konsequenter zu nutzen. Aber auch die Unwichtigkeit manch anderer Dinge und Errungenschaften, die plötzlich an Bedeutung verloren haben.

Und eine weitere Erkenntnis hat ganz viele von uns
mit Wucht erreicht, vielleicht
eher wie ein beklemmendes
Gefühl statt einer klaren Erkenntnis: Unser Leben und
Tun, unser Arbeiten und
Wirtschaften, unser Lebensstandard – all das ist fragil,
zerbrechlich und flüchtig,
abhängig von vielen Faktoren und findet häufig auch
auf Kosten anderer statt. Und

so paradox es klingt: Die Corona-Pandemie hat binnen kürzester Zeit mehr zum Umwelt- und Klimaschutz beigetragen als viele Klimakonferenzen, Beschlüsse und Maßnahmenpakete zuvor. Die Krise und in ihre fast unübersehbaren Folgen zeigen uns ja nur zu deutlich, dass wir uns an einen Lebensstil und Lebensmodus gewöhnt haben, die uns und diesem Planten nicht gut tun.

Vielleicht liegt gerade deshalb in dieser Krise auch die Chance auf einen neuen Start mit anderen Akzenten, zukunftsorientiert und nachhaltig, und einem anderen Verständnis unseres Umgangs miteinander und mit diesem Planeten.



Kommunalwahl trotz Corona

Landesregierung bestätigt Wahltermin

Am 13. September findet, Stand Anfang Mai, in NRW die Kommunalwahl statt. Ähnlich, wie in vielen anderen Bereichen, stellt die Corona-Pandemie aber auch die Kommunalpolitiker*innen vor große Fragen.

Im Wahllokal selbst werden die gängigen Hygienevorschriften durchaus möglich sein, die Durchführung der Wahl selbst scheint also nicht problematisch. Auch die Listenaufstellungen der Parteien sind vom Versammlungsverbot explizit ausgenommen und können stattfinden, bloß sind die dafür

erforderlichen Räumlichkeiten in Gaststätten oder städtischen Einrichtungen allesamt geschlossen.

Die Wahl bedarf auf Ebene der Parteien außerdem viel Vorbereitung und natürlich auch irgendwie eines Wahlkampfes. Aber wie kann das funktionieren in Zeiten, in denen es keine öffentlichen Veranstaltungen gibt, in denen politischer Diskurs dem Ziel der Eindämmung der Pandemie untergeordnet scheint.

Wir Grüne haben schnell auf einen Online-Betrieb umgestellt. Dieser erreicht aber auch nur einige Menschen und kann sicherlich keinen Ersatz bieten für Veranstaltungen, Wahlkampfstände, Haustürwahlkampf und das Kaffee-Mobil am Bahnhof.

Auch haben es etwa in anderen Orten Kandidat*innen für den Posten der Bürgermeister*innen schwer, sich überhaupt irgendwie bekannt zu machen. Die amtierenden Bürgermeister*innen sind im Krisenmodus und haben ebenfalls kaum Zeit für Wahlkampf, könnten aber auf den "Amtsbonus" setzen, was für Herausfor-

der*innen aber extrem ungerecht scheint.

Die Wahl zu verschieben ist eine Option. Kritisch hieran wäre es natürlich, dass die Amtszeit der Gewählten eigentlich im Oktober endet. Diese zu verlängern wäre eine Möglichkeit, kann aber nur einen kurzen Aufschub gewähren.

Im Endeffekt wird der Landtag diese Frage beantworten müssen. Keine leichte Entscheidung. Aber egal was kommt, online oder analog wir werden sicherlich Mittel und Wege finden unser Programm und unsere Kandidat*innen bekannt zu machen

m.h.

Impressum

Zeitung der Grünen Telgte
Ratsfraktion & Ortsverband
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Auflage: Anschrift:

V.I.S.d.P.:

8.400 Stück Peter Spieker Waldweg 27

48291 Telgte Peter Spieker Michael Brandherm, Bernhard Drestomark, Valeska Grapp, Marian Husmann, Gerd Klünder, Katja Müller, Bettina Schmitte, Peter Spieker, Britta Sporket



Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 02504/6600
oder 0171/6923490

Kammzhinner
bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags
ab 11.00 Uhr
Frühschoppen
Montag Ruhetag

Hinter der Fichte

Resolution zum Ausbau der B51

Im Februar hat der Rat einstimmig eine Resolution zum Ausbau der B 51 beschlossen und damit den Ausbau auf Telgter Stadtgebiet abgelehnt.

Sich auf einen Text zu einigen, dem alle zustimmen können, war allerdings alles andere als einfach, weil die größte Fraktion im Rat den Ausbau von Münster bis zur Stadtgrenze Telgte - Höhe Lauheider Straße ausdrücklich befürwortet, während die Grüne Fraktion diesen für schädlich hält und sich auch nicht in die Angelegenheit anderer Leute Leute mischen möchte, was hier die Handorfer*innen sind. Wirklich in letzter Minute, und zwar in der Ratssitzung selbst, einigte man/ frau sich auf einen Text, der ausschließlich Aussagen zum Stadtgebiet Telgte macht. Die einstimmige Ablehnung des Ausbaus auf Telgter Gebiet durch den Rat hat durchaus Gewicht und autorisiert den Bürgermeister in dieser Sache bei den zuständigen Stellen entsprechend aufzu-

Zwei Tage später erschien dann auf der Homepage der größten Fraktion ein Artikel dazu. Dessen Subheadline lautet: "Der Rat der Stadt Telgte favorisiert den Planfall 5." Das ist glatt und wissentlich gelogen! Der Planfall 5 hat nämlich genau den Ausbau bis zur Stadtgrenze Telgte zum Inhalt und eine Positionierung zu Ausbauten außerhalb des Telgter Stadtgebietes zu umgehen, war der Knackpunkt bei der Einigung auf einen gemeinsamen Text, die schließlich aber gelungen ist. Die Aussage ist also schlicht falsch, verschwand aber auch nicht mal, nachdem der Fraktionsvorsitzende von mehreren Leuten auf die Falschaussage aufmerksam gemacht wurde.

Warum machen die das?

Zum einen zeigt das das Dilemma der Fraktion, die natürlich weiß, dass sie in Telgte mit dieser Meinung keine guten Karten hat, aber Ihrem Bundestagsabgeordneten, Herrn Sendker, dem wir den ganzen Schlamassel zu verdanken haben, nicht ganz so doll in den Rücken fallen will. Möglicherweise soll das außerdem Verunsicherung bezüglich der klaren Haltung der Grünen schü-

Aber egal warum, liegt doch der Verdacht sehr nah, dass die Leute damit hinter die Fichte geführt werden sollen. Na ja, wer liest das schon - und außerdem gibt's ja auch noch dat Pöggsken. Der Resolutionstext steht im Kasten unten.

Du bist der Schutzschirm!

Nur die Kaufkraft der Telgterinnen und Telgter kann die Innenstadt dauerhaft sichern.

Sehr positiv überrascht zeigt sich die Telgter Hanse von der Annahme des Bestell- und Lieferservice durch die Telgterinnen und Telgter während der Ladenschließungen der vergangenen Wochen. "Zusammen mit der Wirtschaftsförderung der Stadt haben wir sehr schnell reagiert und ein Portal für telefonische und online-Bestellungen für die Zeit des Lockdowns auf die Beine gestellt.", so Norbert Woestmeyer, Geschäftsführer der Telgter Hanse. "Die

unerwartet gute Resonanz hat hat der Gastronomie und den Händler*innen geholfen, durch die schwierige Zeit zu kommen."

Gleichwohl sind natürlich alle Unternehmen von erheblichen Umsatzeinbußen betroffen, die kaum nachträglich ausgeglichen werden können.

Dat Pöggsken ruft alle Telgterinnen und Telgter auf, bewusst mit der Situation umzugehen, die guten Angebote in Telgte wahrzunehmen und so ihren Beitrag zum Erhalt der Attraktivität unserer Stadt zu leisten.



Resolution zum vierspurigen Ausbau der B51

Beschluss: 33 Ja-Stimmen

Der Rat der Stadt Telgte beschließt anlässlich der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Ausbau der B51 auf dem Gebiet der Stadt Telgte folgende Stellungnahme:

Der Rat der Stadt Telgte fordert auf dem Gebiet der Stadt Telgte die Beibehaltung des vorhandenen Straßenquerschnitts und lehnt einen vierspurigen Ausbau der Bundesstraße B51 ab.

Der Rat der Stadt Telgte spricht sich damit für den Erhalt der Lindenreihe und des Prozessionsweges mit den Bildstöcken entlang der B51 aus.

Der Rat der Stadt Telgte setzt sich für den Erhalt der

derzeitigen höhengleichen Anbindungen der Lauheider Straße, der Straßen Kiebitzpohl/Am Jägerhaus und der Hans-Geiger-Straße ein.

Rat der Stadt Telgte, 13. Februar 2020

Hi, ich bin **Jost Behre** Sprecher & Designer 025047084751 hallo@jostbehre.info

	Wahlberechtigte	Abgegebene gültige Stimmen	JA	NEIN
Don-Bosco- Schule	207 (hier wären min. 104 Ja-Stimmen erforderlich)	161	115	46
Marienschule	218 (hier wären min. 110 Ja-Stimmen erforderlich)	146	126	20
StChristo- phorus- Schule	161 (hier wären min. 81 Ja-Stimmen erforderlich)	100	77	23

Eltern haben gewählt!

In einem von der Verwaltung aufwändig vorbereiteten Prozess konnten alle Eltern der Marienschule, Don-Bosco-Schule St.-Christophorus-Schule abstimmen, ob die Schule weiterhin katholische Bekenntnisschule bleiben oder in eine Gemeinschaftsgrundschule umgewandelt werden soll.

In der Vergangenheit gab es besonders an der Don-Bosco-Schule immer wieder das Problem, dass Kinder nur aufgrund des fehlenden katholischen Bekenntnisses abgewiesen werden mussten.

Nach den Osterferien wurden alle Eltern der drei Grundschulen mit Wahlunterlagen versorgt und hatten zwei Wochen Zeit, für ihr Kind abzustimmen. Der Pferdefuß bei dem Verfahren: jede nicht abgegebene Stimme zählt als ein Nein zur Umwandlung und über die Hälfte der Stimmen muss ein Ja sein, damit umgewandelt werden kann.

Ausgezählt wurde am 6. Mai. Im Kasten unten links sehen Sie, wie die Eltern gewählt haben.

Somit die Don-Bosco-Schule und die Marienschule in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden.

Wir freuen uns sehr über das Ergebnis und besonders auch über die sehr hohe Wahlbeteiligung! Dass sich so viele Eltern für die Umwandlung (und vielleicht somit auch gegen ihre persönlichen Interessen) entschieden haben, zeugt von großer Solidarität in unserer Stadt.



PÖGGSCAST Der grüne Talk aus Telgte

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Was uns die Wahl in Thüringen lehrt

Ein Blick ins Geschichtsbuch lohnt sich nicht, denn auch wenn es sich so anfühlt -, da steht es noch nicht drin. Erinnern wir uns:

Am 5. Februar wählte der Thüringer Landtag den FDP-Mann Thomas Kemmerich mit den Stimmen von CDU, FDP und der hässlichen Partei am rechten Rand zum Ministerpräsidenten. Der wurde bundesweit mit großem "Hallo" begrüßt und eh man sich's versah, war der Präsidentversuch auch schon wieder zurückgetreten und alle konzentrierten sich nur noch darauf, den Hals aus der Schlinge zu ziehen.

Was war geschehen? Im dritten Wahlgang, nachdem der Kandidat Ramelow von der Linken zweimal die erforderliche absolute Mehrheit nicht erhalten hatte, stellte sich, zusätzlich zu Ramelow und einem unbedeutenden Zählkandidaten der hässlichen Partei, überraschend auch der Kemmerich von der FDP zur Wahl.

Wie überraschend es wirklich war, dass die hässliche Partei dann nicht ihren eigenen Kandidaten wählte, sondern auch den Kemmerich, war Gegenstand der ersten Diskussionsrunde, die der Vorgang in den Medien auslöste. Die Frage bestand natürlich darin, ob die Abgeordneten der CDU die gemeinsame Wahl mit der hässlichen Partei in Kauf genommen haben, um einen Ministerpräsidenten Ramelow zu verhindern, was wohl mit "ja" beantwortet werden musste, nachdem die meisten intern Beteiligten aus Land und Bund gehört worden waren. So überraschend war die Kandidatur des Kemmerich dann wohl doch nicht und es war vor der Wahl auch ausgiebig über diese mögliche Situation diskutiert und vor deren Konsequenzen gewarnt worden.

Nachdem neben Anderen auch die Bundesvorsitzende der CDU ihren Rücktritt angekündigt hatte, wanderte die Diskussion zu der Abgrenzung der CDU gegenüber der hässlichen Partei und dahin, dass die Linke mit ihr gleichgestellt wurde. Gedanklich wurde dadurch ein mutmaßlich angestrebter Sozialismus der Linken mit einem mutmaßlich angestrebten Faschismus der

hässlichen Partei gleichgestellt.

Allerdings beeilten sich die Gefragten aus der CDU schon bald, die Gleichsetzung zu relativieren und zudem verbietet es das Grundgesetz ja auch nicht, den Sozialismus zu fordern oder anzustreben. Das Grundgesetz äußert sich zum Wirtschaftssystem überhaupt nicht, wohl aber zu den Grundrechten, die die Menschen in Deutschland genießen und die sind mit einem faschistischen Regime nicht vereinbar.

Übrig blieb die Frage, wo genau die Linie zwischen den so genannten "demokratischen Parteien" und der hässlichen Partei verläuft und dazu bieten wir mal folgenden Gedankengang an:

Die oberste Direktive unseres Staates definiert sich durch den ersten Satz im Grundgesetz: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Dieser Satz birgt ein Versprechen, eine Garantie für Jede*n Einzelne*n. Wer an diesem Versprechen rüttelt, ausgrenzt, herabwürdigt, bedroht, stellt das Grundverständnis des Staates in Frage und das mit Absicht, um zu destabilisieren. Genau da verläuft die rote Linie!

Und wenn gesagt wird, man/frau könne doch die 25 Prozent der Wählerinnen nicht unberücksichtigt lassen, dann kann und muss geantwortet werden: Warum denn nicht? Warum sollen die 75 Prozent der Wähler*innen den 25 nicht sagen dürfen, dass sie etwas grundsätzlich anderes wollen? (Wird man ja wohl noch sagen dürfen).

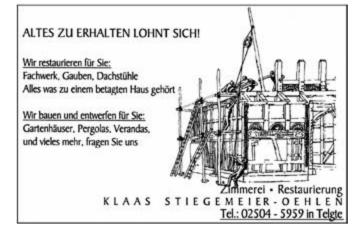
Wer wählt jetzt die hässliche Partei? Der abgehängte weiße Mann im Osten? Ja, zum Beispiel. Warum tut er das? Viele sicherlich, weil sie sich wirklich ein Naziregime wünschen, weil sie gerne Teil von etwas großem sein möchten. Sie tragen kahlschädelig die Reichskriegsflagge voran. Andere wollen vielleicht tatsächlich ihren Frust zum Ausdruck bringen. Vielleicht sagt denen die "Würde des Menschen" auch grad gar nichts, weil sie die nicht wirklich kennen gelernt haben.

Und da erscheint die Schwachstelle des Staates, denn die Überschrift wird weder nach außen noch nach innen konsequent angewendet. Deutsche Waffen morden mit in aller Welt und die Handelsbeziehungen Deutscher Konzerne vernichten ganze Landstriche und bringen Menschen in existenzielle Not.

Und auch innen begegnet der Staat, teils systemisch angelegt, teils durch schwieriges Personal, einigen Menschen mit eher mäßiger Achtung. Wie soll der Mensch ein idealistisches Grundprinzip verteidigen oder auch nur verstehen, das er anhand der eigenen Erfahrung nicht nachvollziehen kann?

"Die Würde des Menschen ist unantastbar" ist ein wunderbarer Leitsatz und nicht relativierbar. Der Staat muss ihn konsequent anwenden, um sich gegen Angriffe von rechts zu schützen.





Mit angezogener Handbremse

Kämmerer verhängt Haushaltssperre

Aufgrund erheblicher Rückgänge bei den im Haushalt 2020 eingeplanten Gewerbesteuereinnahmen hat der Kämmerer am 4. März 2020 eine Haushaltssperre verhängt. Dem liegt zugrunde, dass sinkende Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer zu Mindereinnahmen von etwa 1,1 Millionen Euro führen.

Verwaltung und Politik haben sich jedoch bei der Aufstellung des Haushaltes nicht verkalkuliert; vielmehr wurde bei einem Telgter Unternehmen eine Finanzprüfung durch das Finanzamt durchgeführt und dieses erhält für die Jahre 2018 und 2019 jeweils etwa 350.000 Euro Gewerbesteuer aus dem städtischen Haushalt zurück. Die gleiche Summe ist auch in 2020 abzuziehen, woraus die 1,1 Millionen Euro Mindereinnahmen resultieren.

Bei der Haushaltssperre unberücksichtigt bleiben die Auswirkungen der Corona-Krise. Hier sind bis zum 23. April 2020 die Gewerbesteuererträge auf 7,3 Millionen Euro gesunken, was einem Rückgang in Höhe von 4,5 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsansatz entspricht. Eine solche Summe kann der städtische Haushalt nicht kompensieren.

Hier werden daher von den Kommunen dringende Aufforderungen zur Unterstützung an Bundes- und Landesregierung gesendet. Für die Mindereinnahmen von 1,1 Millionen Euro hat die Verwaltung eine Einsparliste erarbeitet. Hierunter fallen Maßnahmen, die für eine bestimmte Zeit verschoben werden können, einzelne Projekte aus den Haushaltsberatungen oder eine Verzögerung bei Stellenbesetzungen.

Die GRÜNE Fraktion bedauert ausdrücklich, dass verschiedene wichtige Projekte wie eine Stelle für den Stadtentwicklungsprozess oder Investitionen in ökolo-

gische Projekte aufgeschoben werden. Wir begrüßen hingegen, dass wichtige Investitionen in die bauliche und digitale Ertüchtigung der Telgter Schulen weiter voranschreiten. Für die Grüne Fraktion ist klar, dass wir die Corona-Pandemie und die Klima-Krise nur gemeinsam denken können. Mit nachhaltigen Investitionen, einem Vorantreiben der Digitalisierung und einem Masterplan für die Stadtentwicklung kann die Stadt die nötigen konjunkturellen Impulse für heimische Unternehmen setzen und auch in Zukunft eine lebens- und liebenswerte Stadt sein. Hierzu gehört es auch, dass die gesunkenen finanziellen Ressourcen konzentriert in diesen Bereichen investiert werden. Diesen übergeordneten Zielen widersprechende Projekte, wie etwa der Ausbau der B51, gehören gestoppt und die Mittel anderen Verwendungen zugeführt.

m.h.



Flaute in Telgte Kein frischer Wind für die erneuerbare Energie



Zur Förderung der Windenergie bei gleichzeitiger Vermeidung eines ungeregelten Ausbaus wurden seinerzeit auf dem Telgter Stadtgebiet sogenannte Windvorranggebiete ausgewiesen, die festlegen, wo Windkraftwerke errichtet werden dürfen und wo eben nicht. Aufgrund der generellen Bedingungen an solche Gebiete

wie insbesondere die Mindestanzahl von Anlagen pro Gebiet war die Ausbeute an geeigneten Flächen in Telgte äußerst dürftig. Zudem sind diese Gebiete nur potenziell geeignet. Ihre endgültige Eignung muss durch entsprechende Verfahren und Gutachten noch festgestellt werden. Diese Verfahren sind durch die Kommune zu betreiben und zu bezahlen, so dass die Risiken einer Planung auf die Allgemeinheit übergehen; der Gewinn dagegen wird von dem endgültigen Investor und Betreiber eingestrichen.

Folglich gibt es bislang keinen politischen Beschluss für eine weitere Entwicklung der Vorranggebiete, so dass aus der Planung schließlich eine "Verhinderungsplanung" wurde - die Errichtung einzelner Anlagen an prinzipiell geeigneten Standorten, die außerhalb dieser Vorranggebiete liegen, ist nicht möglich, solange es diese Vorranggebiete gibt.

Eine Aufhebung
der Vorranggebiete
- und damit der Verzicht auf die kommunale
Planungshoheit - ist aber
ebenfalls politisch nicht gewünscht, so dass sich jetzt
eben genau dieser Stillstand
beim Windenergieausbau
ergibt, den wir in Telgte beobachten können.

Um dieses Dilemma in ein Problem mit einer möglichen Lösung zu überführen, stellte die GRÜNE Ratsfraktion den Antrag, unter Beibehaltung der Vorranggebiete einzelne Flächen außerhalb dieser Gebiete über ein Bauleitplanung doch einer Nutzung durch Windenergie zuzuführen.

nicht dem soeben Gesagten? Genau hier unterscheiden sich die Ansichten der Experten und genau deshalb sollte diese Frage mit dem Antrag geklärt werden. Leider gab es hierzu jedoch im Bau- und Planungsausschuss am 5. März 2020 keine politische Mehrheit paradoxerweise eben genau mit dem Hinweis auf die unsichere rechtliche Situation. Und somit bleibt die Windenergie - und somit der zurzeit wichtigste Baustein der Energiewende in Deutschland - in Telgte außen vor.



zuzuführen. Natürlich stellt sich dabei die Frage: Widerspricht das

p.s

My Home is my Office

Arbeiten in Zeiten der COVID-19-Pandemie

Für manche geht ein lang gehegter Traum in Erfüllung; für andere ist es der Beginn eines Albtraumes: Arbeiten in den eigenen vier Wänden.

Zur Reduzierung von betrieblichen Totalausfällen, zum Schutz von Risikogruppen oder zur Betreuung der eigenen Kinder - das Home Office ist plötzlich das Mittel der Wahl in vielen Unternehmen und Organisationen.

Anfängliche Befürchtungen, die Infrastruktur könnte kollabieren, erweisen sich (bislang) als unbegründet. Die Probleme zeigen sich aber schnell an anderer, teilweise unerwarteter Stelle:

Die gleichzeitige Betreuung der Kinder und die Erledigung von betrieblichen Aufgaben erweist sich als problematisch, insbesondere mit zunehmender Dauer dieser Doppelbelastung. Häufig lässt sich das Problem nur dadurch lösen, dass man die Arbeitszeit teilweise in den späten Abend oder sehr frühen Morgen verlegt.

Die hauseigenen Ressourcen sind knapp; so wird der einzige PC (oder Notebook) auch für das Home Schooling oder die Arbeit des/der Partners/in benötigt. Auch der Internetzugang, insbesondere in ländlichen Gegenden ist oft zu schwach. Geeignete Plätze zum Arbeiten sind in der eigenen Wohnung oft Mangelware oder nur unzureichend mit W-LAN versorgt.

Problematisch ist aber auch der fehlende oder stark eingeschränkte soziale Kontakt zu den KollegInnen. Wohl dem, der zumindest gelegentlich per Video-Konferenz ein Gefühl von Nähe erleben darf.

Erstaunlich ist auch die Erfahrung, dass ungestörtes Arbeiten mit entsprechender höherer Intensität auch als unangenehm empfunden wird. Es fehlt das entspannende Gespräch mit den KollegInnen, selbst wenn dieses über betriebliche Belange geführt wird.

Das Ganze ist - wie vieles Andere auch in Zeiten von Corona - ein spannendes Experiment und es wird besonders interessant sein, wie Unternehmen und auch MitarbeiterInnen nach der Krise zur Heimarbeit stehen werden. Die Unternehmen werden neue Vorteile erkennen und ihre oft abwehrende Haltung ändern, während letztere möglicherweise froh sein werden, endlich wieder in ihr Büro fahren zu dürfen. selbst wenn dieses einige Kilometer entfernt ist.

p.s.

Soziale Situation im Fokus

Bei den vielfältigen Einschränkungen ist in der Grünen Fraktion die Sorge um die Situation der Familien und Kinder sowie Alleinstehender und Flüchtlinge in Telgte gewachsen.

Die Grünen haben sich daher zur ersten politischen Beratung nach dem Lockdown im Hauptausschuss am 4. Mai um eine Einschätzung der sozialen Folgen der Corona-Pandemie in Telgte gebeten. Sie regen an, dass die Verwaltung eine koordinierende Funktion zwischen den verschiedenen Angeboten und Trägern übernimmt.

Wie wird beispielsweise die Notbetreuung an den Schulen (auch OGS) und Kitas abgerufen? Gerade nicht eingesetztes Personal in Kita, Schulsozialarbeit, Café Kinderwagen und den schulischen Betreuungsangeboten könnte in Abstimmung untereinander für Kontakte zu Familien und Flüchtlingen sinnvoll genutzt werden.

Perspektivisch, wenn es weitere Lockerungen gibt, sind auch gezielte Angebote im kleineren Rahmen oder draußen für Kinder und Familien mit besonderem Bedarf möglich, vielleicht sogar durch Ehrenamtliche der Sportvereine.

b.sp. & k.т.



Fortsetzung von Seite 1

denheit. Wir starten grüne Fraktionssitzungen und das Wahlkampfteam per Videokonferenzen. Das war erst ungewohnt und auch etwas lustig: Plötzlich schauen die Kinder zu (die kriegt man ohne Schule ja auch nicht so früh ins Bett wie sonst...), das Bild wackelt, manchmal fehlt noch der Ton. Und es müssen neue Regeln des Gesprächs gefunden werden. Aber: Es funktioniert!

Nicht für alle ist diese digitale Form sinnvoll und machbar, aber es kommen auf diesem Weg auch andere dazu, die sonst nicht dabei sein konnten.

Unsere Digital-Experten kommen richtig in Fahrt:

Ein neues Pöggscast zu Corona entsteht, die social media Kanäle werden wie immer gut betreut. Und weil wir gerade keine Veranstaltungen machen können, machen wir zur Abstimmung über die Umwandlung der Bekenntnis-Grundschulen eine Online-Fragestunde mit der Schulausschuss-Vorsitzenden Britta Sporket.

Auch die Bundes- und Landesebene bieten verstärkt digitale Webinare zu aktuellen Themen. Wer es sonst - wie ich - nie zu Veranstaltungen nach Düsseldorf oder gar Berlin schafft, hat nun die eigenen Abgeordneten mit Informationen und zum Chat zuhause im Arbeitszimmer. Auch das funktioniert hervorragend und ich kann mich mal direkt an der übergeordneten politischen Diskussion beteiligen. Das ist sicher ein Format, das sich bewährt und die Corona-Zeit überdauern wird.

In der Fraktion diskutieren wir über die aktuelle Lage in Telgte, aber auch über Corona hinaus. Und wir fragen uns schnell, wie lange man die demokratischen Strukturen, wie die Arbeit im Rat und den Ausschüssen, ganz aussetzen soll und wann sie

verantwortbar wieder starten sollen.

Während dieser Artikel geschrieben wird, steht die erste Sitzung des Hauptausschusses unmittelbar bevor. Auch der Rat Ende



Mai im Bürgerhaus soll stattfinden. Das begrüßen wir sehr, denn das Ringen um die richtigen politischen Entscheidungen, die Mög-

lichkeit, Fragen zu stellen und Anregungen zu geben, das gehört für uns wesentlich zu unseren demokratischen Grundsätzen im Land.

Und wir freuen uns auf die erste, richtige Fraktionssitzung im Rathaus, die wir – wann auch immer – natürlich mit Abstand durchführen werden. Schließlich wollen wir die regelmäßig ungefähr zwanzig politisch Aktiven auch persönlich wieder treffen, gemeinsam

diskutieren, sinnvolle Positionen finden und Ziele für unser städtisches Leben entwickeln. Und außerdem: Die obligatorische Gummibärchenbox unserer Fraktionssprecherin Sabine ist digital nicht zu ersetzen.

Unsere digitalen Kanäle sind so zu erreichen:

www.gruene-telgte.de

k.m

Die Coronakrise

Heimsuchung und historische Chance zugleich?

Konstatieren wir zuerst einmal, dass die Geschichte der Coronakrise, die einer Krise ist, die jeden von uns betrifft. Die Menschheit wird sich ihrer Sterblichkeit bewusst.

Vielen wird jetzt erst klar, dass wir nicht losgelöst von der Natur sind, sondern ein Teil von ihr.

Das Besondere an der Coronakrise ist, dass sie sich nicht weit weg abspielt, sondern global das Leben jedes einzelnen Menschen bedrohen kann. So wie die Klimakrise eine Krise ist, die die Menschheit durch ihren Lebensstil herbeigeführt hat, so ist auch die Coronakrise zum Teil eine Nachhaltigkeitskrise.

Hierzu ein Auszug aus der dritten Ad-hoc- Stellungnahme der Leopoldina, der nationalen Akademie der Wissenschaften. "Angesichts der tiefen Spuren, welche die Coronavirus-Krise hinterlassen wird, vor allem aber wegen der mindestens ebenso bedrohlichen Klima- und Biodiversitäts-Krise kann es nicht einfach eine Wiederherstellung des vorherigen Status geben. Nicht zuletzt gilt es, aus den Erfahrungen mit der Coronavirus-Pandemie und ihren Ursachen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die generelle Zunahme der Bevölkerung, Urbanisierung und globale Mobilität, die Vernichtung und Abnahme der Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen durch Landnutzungsänderungen und der Klimawandel tragen wesentlich zum Ausbruch von Epidemien und Pandemien bei.

Staatliche Maßnahmen, die nach dem Abklingen der Pandemie wirtschaftliche Tätigkeit wieder anstoßen, sollten daher die Kriterien der Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen. Mit einer nachhaltigen Ausrichtung der jetzt getätigten Investitionen und Programme entstünde die Freiheit der Beteiligten, die notwendigen

Änderungen auf eine den jeweiligen lokalen und zeitlichen Gegebenheiten angemessene Weise umzusetzen, dringend nötige Technologieoffenheit beispielsweise bei der Energiewende herzustellen, regionale und globale Stoffkreisläufe zu schließen etc.

Wird diese Chance vertan, so dürfte auf Grund der Größe der jetzigen Wirtschaftsprogramme ein später nötiges drastischeres Umsteuern extrem schwierig werden. Daher liegt in der Wahrnehmung dieser historischen Chance eine kaum zu überschätzende Verantwortung der Handelnden. Notwendig ist dabei eine transparente Kostendiskussion, die auch die massiven externen Kosten von Klima-, Umwelt- und nicht zuletzt daraus resultierenden Gesundheitsschäden berücksichtigt."

Die Corona Krise bietet uns also auch die einmalige Chance, unser Wirtschaftssystem in eine nachhaltig



ausgerichtete soziale Marktwirtschaft zu transformieren. Denn das Karussell der Weltwirtschaft dreht sich in immer höherem Tempo und diejenigen, die es nicht schaffen, sich dieser Geschwindigkeit anzupassen, werden mit Wucht herausgeschleudert.

Dass die Grenzen des Wachstums längst erreicht sind, lässt sich sehr anschaulich daran erkennen, dass trotz steigender Wachstumskurven der Lebensstandard vieler Menschen immer mehr abnimmt. Also hoffen wir, dass die historische Chance, die diese Krise bietet, nicht ungenutzt bleibt.

ν.ε

Neu im Rathaus!

Neuer Fachbereichsleiter Christian Korte im Interview

Am 1. April hat Christian Korte seine neue Aufgabe als Leiter des Fachbereichs Planen, Bauen und Umwelt übernommen und für einen kurzen Steckbrief im Pöggsken unsere Fragen beantwortet.

Herzlich willkommen, Herr Korte! Dürfen wir fragen, wie alt Sie sind?

Frische 35

Noch zu haben:

Nein, die zweite Tochter ist gerade unterwegs

Funktion in der Stadtverwaltung:

Fachbereichsleiter Planen, Bauen und Umwelt

Letzte bisherige Tätigkeit:

Referent für Handel, Dienst-



leistungen und Stadtentwicklung bei der Industrieund Handelskammer Nord Westfalen in Münster

Erste und wichtigste Themen auf dem Schreibtisch:

Das Baugebiet Telgte-Süd und die Auswirkungen des Corona-Virus

Persönliche Anmerkungen:

Bislang ist noch jeder Tag mit einer Fülle von neuen Themen und vor allem Erfahrungen gespickt. Ich hoffe und wünsche mir, dass diese Stadt auch in vielen Jahren noch genauso lebenswert ist, wie ich sie gerade kennenlernen darf. Ich werde mein Bestes geben, um einen Beitrag dazu zu leisten.

Vielen Dank für das Interview.



Pedelec Beratung unter zweirad-ross.de

Kinder brauchen Kinder

Als am 13. März unsere Kinder, bepackt mit allen Büchern und Schulmaterialien, die sie auf die Schnelle in ihren Schulfächern finden konnten, aus der Schule kamen und wir nachmittags gebannt die Bundespressekonferenz im Fernsehen verfolgten, konnten wir uns kaum vorstellen, was uns erwarten sollte.

Drei Wochen Home Schooling und dann noch zwei Wochen Osterferien? Wie soll das denn gehen? Alles geschlossen, auch unsere Kindergartenkinder sind die ganze Zeit zuhause? Kaum denkbar!

Dieser Artikel soll aber kein Klagelied über den alltäglichen Wahnsinn von Kinderbespaßung, Home Schooling und Homeoffice sein. Obwohl sich damit sicherlich auch viele Seiten füllen ließen.

Vielmehr sind wir der Ansicht, dass in all den Diskussionen der letzten Wochen über Lockerungen und erste vorsichtige Versuche der Rückkehr in die Normalität die Belange von Kindern und Jugendlichen viel zu wenig Beachtung finden.

Die BildungsministerInnen der Länder waren sich schnell einig, dass die Prüfungen (und besonders das Abitur) unbedingt stattfinden sollen.

Doch was ist mit den anderen Jahrgängen? Kindergärten weiten die Notbetreuung von Kindern mit Eltern in systemrelevanten Berufen aus - damit Mama oder Papa arbeiten gehen können.

Doch was ist mit den vielen anderen Kindergartenkindern? Wir vermissen in all den Diskussionen einen Aspekt: die bedeutende soziale Funktion von Kita und Schule. FreundInnen treffen, mit Gleichaltrigen zusammen sein, voneinander lernen und auch mal von den Eltern wegkommen.

Das ist so wichtig für die Entwicklung von Kindern und findet momentan kaum statt. Spielplätze sind geschlossen, Erwachsene dürfen sich aber in überfüllten Baumärkten tummeln. Alle Freizeitaktivitäten sind gestrichen; Jugendzentren, Musikschule und Sportvereine bleiben geschlossen. Selbst die entlegenste Sitzgruppe an der Ems wird mit Flatterband abgesperrt.

Und als wäre das alles nicht schon Strafe genug, werden Kinder und Jugendliche auch noch stigmatisiert. ten Familie in einer kleinen Mietwohnung ohne Garten oder in einer Flüchtlingsunterkunft leben?

Jugendliche, für die Schule oder das Jugendzentrum die einzige Chance waren, für einige Zeit mal selbstbestimmt Raum und Zeit für sich zu haben? Ja, auch diejenigen, für die ihre Familie kein sicherer Ort ist, die von körperlicher oder psychi-

Die sich zwar an die körperliche Abstandregel gehalten, aber besonders intensiv um Kontakt bemüht haben. Durch persönliche Anrufe, Videochats, Post, einen Besuch an der Haustür haben sie sich für ihr Wohlergehen interessiert – und das unabhängig von Notgruppe, Deutsch oder Mathe. Sie haben die Bedeutung ihrer pädagogischen Aufgabe wahr-

(virtuellen) Angebote den persönlichen Kontakt nur im Ansatz ersetzen. Und leider haben nicht alle Kinder und Jugendliche überhaupt eine solche Begleitung.

Aus unserer Sicht kommt politisch zu langsam in den Blick, welche Belastungen für Kinder und ihre Familien aktuell seit Wochen vorliegen und Unterstützungen gibt es nur wenig. Auch die fehlende Perspektive, wann etwas wieder möglich sein wird, belastet doppelt.

Die bundes- und landespolitischen Entscheidungen sind sehr schwierige Abwägungsprozesse zwischen der Eindämmung der Pandemie und einem kaum abzuschätzenden gravierenden Nebenfolgen physischer und psychischer Gesundheitsgefährdung.

Die Diskussion um das "richtige" Verhältnis der eingeschränkten Grundrechte nimmt zum Zeitpunkt des Schreibens in der Öffentlichkeit zum Glück gerade zu. Im Sinn der Kinder und Jugendlichen wünschen wir uns für die nächsten Lockerungen, dass sich mehr Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie Familien in belasteten Situationen ergeben.

Dieser Artikel wurde von den Autorinnen am 01. Mai geschrieben. Gut möglich, dass bei Zustellung des Pöggsken einige Dinge schon nicht mehr aktuell sind. Es geht in diesem Beitrag aber weniger um Details, sondern mehr um eine generelle Position.

k.m & b.sp.



Ohne wissenschaftlichen Beweis wurden sie von einigen Politikern als "Virenschleudern" bezeichnet und das rechtfertigt scheinbar, dass sie die letzten sein werden, die wieder in die Normalität zurückkehren dürfen.

Von Kindern und Jugendlichen, obwohl selbst kaum gefährdet, wird ein hohes Maß an Solidarität mit den anderen Generationen gefordert. Wie ist es aber mit den Kindern, die ihre Schulangelegenheiten allein organisieren müssen, die außer einem Handy keine anderen elektronischen Geräte nutzen können? Kinder, die kein eigenes Kinderzimmer haben oder mit der gesam-

scher Gewalt bedroht sind? Deren Eltern mit der eigenen unsicheren finanziellen Situation oder Krankheiten überfordert sind? Wer solidarisiert sich mit ihnen? Mit dem Kontaktverbot stürzte quasi über Nacht das ganze System der pädagogischen Begleitung von Schule und Jugendhilfe ein.

Umso wichtiger waren in dieser Phase die LehrerInnen, ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen, die sich nicht mit dem Lesen der neuesten Richtlinien und Verordnungen begnügt haben, sondern die nach kreativen Lösungen gesucht haben, "ihre" Kinder und Jugendlichen weiterhin zu begleiten.

genommen – und dafür war tatsächlich viel Kreativität, Mut und besonderer Einsatz erforderlich.

Das auch, wenn sie teilweise selbst ihre eigenen Kindern zuhause hatten. Allerdings können solche



Passion - Leiden und Leidenschaft

Zeichnungen von Abdullah Kurdi im religio

2019 taufte Abdullah Kurdi, der Vater von Alan Kurdi, das Seenotrettungsschiff der deutschen Organisation seaeye auf den Namen seines toten Sohnes: Alan Kurdi.

Wir erinnern uns an das Bild des zweijährigen Alan, dessen Leichnam 2015 an der türkischen Mittelmeerküste angeschwemmt wurde. Dieses Bild ging als Symbol für die Unmenschlichkeit beim Umgang mit geflüchteten Menschen um die Welt. Die deutsche Organisation seaeye hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem Sterben im Mittelmeer nicht länger tatenlos zuzusehen. Seit 2018 betreibt sea- eve dieses Seenotrettungsschiff, das im Mittelmeer auf den tödlichsten Flüchtlingsrouten unterwegs ist und in Seenot geratene Flüchtlinge aufnimmt. Bei mehreren Einsätzen im Mittelmeer vor der libyschen Küste wurden bisher über 14000 in Seenot geratenen geflüchtete Menschen gerettet - oft unter schwierigsten Umständen. Immer wieder gerät das Schiff in Konflikt

mit italienischen und libyschen Behörden. Zur Zeit ist durch die Corona-Pandemie eine weitere Dramatik in der Rettung von geflüchteten Menschen auf dem Mittelmeer entstanden.

Zurück nach Telgte

Die aktuelle Ausstellung im religio "Passion - Leiden und Leidenschaft" zeigt Arbeiten von SchülerInnen des Telgter Maria-Sibylla-Merian-Gymnasiums und Fotografien von mir zum Thema Leiden und Leidenschaft. Hierzu gehören auch Darstellungen, die sich mit Krieg und Flucht auseinandersetzen. Der Telgter Schüler Jonas Surel war durch ein Foto von Abdullah Kurdi so beeindruckt, dass er es als Zeichnung anfertigte und nun in verschiedenen Ausführungen im religio ausstellt. Er gab den Zeichungen den Titel: "Abdullah Kurdi. Hoffnung auf ein besseres Leben. Trauer um den ertrunkenen Sohn". Er hofft, mit den Bildern auf das Leiden von Geflüchteten aufmerksam machen zu können. Ich leitete die Bilder zusammen mit einem Brief von Surel über die Organisation sea- eye an Abdullah Kurdi weiter, um zu zeigen, dass auch in Telgte und bei den jungen Menschen das Schicksal von Geflüchteten wahrgenommen wird.

Im Namen von sea-eye bitte ich um Spenden für die Einsätze im Mittelmeer. Der Verein sea-eye hat sich der Menschenrechtsbeobachtung und Seenotrettung verpflichtet. Seit 2015 beteiligten sich mehr als 800 AktivistInnen ehrenamtlich an der Rettung von mehr als 14 000 Menschenleben. Mehr dazu unter www.sea-eye.org. Spendenkonto: DE60 7509 0000 0000 0798 98.

Die Ausstellung im religio ist virtuell unter www.museum-telgte.de/2020/03/23/ virtuelle-ausstellung/ oder vom 12.5.20 bis zum 28.6.20 vor Ort zu besuchen.

Ursula Mindermann



Der Telgter Schüler Jonas Surel mit seinen Zeichnungen von Abdullah Kurdi.



Neue Verkehrsinseln für Westbevern und Vadrup

Wir möchten den Verkehr in Westbevern sicherer machen und das Radfahren weiter fördern. Hierfür möchten wir in Westbevern-Dorf und Westbevern-Vadrup neue Verkehrsinseln errichten lassen. Einen entsprechenden Antrag hat die GRÜNE Ratsfraktion für die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses im Mai gestellt.

Die im Westen gelegene

Ortseinfahrt in Westbevern-Dorf ist bisher offenbar für VerkehrsteilnehmerInnen nur schwer als solche zu erkennen und wird daher häufig zu schnell befahren.

Insbesondere in Richtung Ortsausgang wird dem Verkehrsteilnehmer durch die Aufweitung der Straße das vorzeitige Ortsende suggeriert. Zudem sollen hier Radfahrer, die in Richtung Telgte fahren, gefahrlos die Fahrbahn kreuzen können, was bisher häufig im Kreuzungsbereich Dieckhoffskamp erfolgt.

Ebenso soll an der östlichen Ortseinfahrt in Vadrup (Kreuzung Sickerhook) ein Fahrbahnteiler errichtet werden. Auch an dieser Stelle müssen RadfahrerInnen (viele BahnpendlerInnen) die Fahrbahn kreuzen, um den

Radweg in Richtung Dorf zu erreichen. Zusätzlich soll hiermit die bereits beschlossene 30 km/h Zone(grüner Antrag aus 2019) im Dorfzentrum sichtbar begrenzt werden. Diese Begrenzung ist eine der Voraussetzungen für eine 30 km/h Zone, die dann vom Brinker Platz bis zum Ortsausgang reichen würde.



Geschafft!

Kita-Plätze für alle

Diese positive Meldung ist im Corona-Trubel weitgehend untergegangen:

Während es in den letzten Jahren immer knapp war in Telgte mit den Kindergarten-Plätzen, hat sich die Situation zum nächsten Kindergartenjahr, das im Sommer 2020 beginnt, deutlich entspannt: Alle angemeldeten Bedarfe - wenn auch nicht immer im Wunsch-Kindergarten - können befriedigt werden. Kontinuierlich angestiegen ist auch dieses Jahr wieder der Bedarf an Plätzen für Kinder unter zwei Jahren. Mit gut 960 Kindern sind im kommenden Kindergartenjahr fast genauso viele Kinder in den Kitas wie im noch laufenden Kindergartenjahr. Dennoch wird sich in den Gruppen und den Kitas einiges ändern: Zu Beginn dieses Jahres 2020 ist bereits die neue Kita "Lüttenland" im Telgter Süden eröffnet worden. Nach den Sommerferien soll die neue Kita an der Robert-Schumann-Straße in Trägerschaft der AWO fertig gestellt sein. Im Johannes-Kindergarten wird im Gegenzug eine Gruppe geschlossen. Durch die zusätzlichen Einrichtungen können endlich die Überbelegungen, die es in den vergangenen Jahren fast in allen Kitas gegeben hat, abgebaut werden.

Wir als Grüne haben uns immer wieder dafür eingesetzt, dass die dadurch entstandenen Belastungen für Erzieher*innen und Kinder endlich beendet werden und neue Einrichtungen geschaffen werden. Nur so kann eine gute Qualität und eine gute Atmosphäre in der Betreuung erreicht werden. Insofern sind wir sehr froh, dass die Kita im Süden, die lange geplant war und für die es ja erheblichen Gegenwind und nur eine zögerliche Akzeptanz bis Ablehnung der anderen Parteien gegeben hat, endlich geöffnet ist. Auch der Bedarf des zusätzlichen Neubaus in den Drostegärten ist deutlich: Erfreulicherweise wird es erstmals seit Jahren auch die Möglichkeit geben, zugezogenen Kinder im laufenden Kindergartenjahr einen Platz in Kita oder Tagespflege anzubieten.

Die 50 Gruppen der Telgter Kindergärten verteilen sich wie in der Tabelle zu sehen. Wir hoffen, dass möglichst bald wieder alle Telgter von diesem guten Angebot der frühkindlichen Pädagogik profitieren können und die Phase der geschlossenen Kitas durch die Corona-Beschränkungen beendet werden kann.

k.m

Per Bummelzug durch die Instanzen

Die Greisen und Welken unter uns erinnern sich noch:
Acht Jahre ist es her, dass sich alle einig waren, dass die ungesicherten Bahnübergänge auf Deutschlands gefährlichster Zugstrecke – zwischen Beelen und Münster – geschlossen und durch eine geringere Zahl beschrankter Übergänge ersetzt werden sollen.

Und dann ging das los. Eisenbahnbundesamt, DB Netz AG, Straßen.NRW, Kreis Warendorf, Stadt Telgte, alle mussten gehört werden, Bedenken anmelden, Bedenken ausräumen, planen, beschließen, genehmigen, ihren Beitrag zusagen, Betroffene

überzeugen - auf irgendeinem Schreibtisch lag die Sache immer. Die Tangente um das Baugebiet Telgte-Süd-Ost ist längst fertig und wartet darauf, ihren Job machen zu können. Als Spange zwischen Alverskirchener Straße und alter B 64, als Verbindung aus dem Telgter Süden in Richtung Warendorf und - last but not least - als Ausweichmöglichkeit für Rettungsdienst und Feuerwehr bei Chaos im Kreisel. Und wichtig für Telgte ist auch, dass die Schließungen der ungesicherten Übergänge eine Voraussetzung für den Halb-Stunden-Takt nach Münster sind.

Aber hin und wieder gibt es auch kleine weiße Rauchwölkchen. So zu beobachten, als die Verwaltung in der Januar-Sitzung des Bauausschusses berichten konnte, dass das Eisenbahnbundesamt den Plan für die Schließung des alten Überganges in der Delsener Heide genehmigt hat. Jetzt muss nur noch die Feinplanung gemacht werden und dann kann es vielleicht Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres schon los gehen. Der Amtsschimmel läuft zur Höchstform auf!

g.k.



Kita und Träger	Anzahl der Gruppen für Unter 3 Jährige (10 Kinder)	Anzahl der Gruppen für 2-6 Jährige (20 Kinder)	Anzahl der Gruppen für 3-6 Jährige (25 Kin- der)		Anzahl der Gruppen
Emspiraten am Fürstendiek (Kiku Kinderzentren)	1	0,5	1,5	58	3
Paul-Gerhardt-Kindergarten (Ev. Kirchengemeinde)	1	2	1	75	4
Kita Feuerbachstr. (Outlaw)	0,5	2		45	2,5
St. Johannes (Kath. Kirchengemeinde)	2	1	3	113	6
Zwergenwiese (Elterninitiative)	0,5	1		25	1,5
Abenteuerland (Stadt Telgte)	1	1	2	75	4
St. Barbara (Kath. Kirchengemeinde)	1	1	2	79	4
Wiesenhaus am Hermann-Löns-Weg (Kinder- und Jugendwerk)	1	2	2	100	5
Kinderwelt an der Walter-Gropius-Str. (Kinder- und Jugendwerk)	1	2	2	100	5
Lüttenland an der Georg-Muche-Str. (Kiku Kinderzentren)	1	2	1	75	4
AWO (Robert-Schumann-Str.)	1	1	0,5	43	2,5
St. Christopherus Westbevern (Kath. Kirchengemeinde)	1	1	1	55	3
Sternenzelt Westbevern (AWO)	1	3	2	120	6
Gesamt	13	20,5	17	963	50,5

Artensterben in Rekordgeschwindigkeit

Bundesumweltministerium warnt vor Rückgang der Biodiversität

2020 ist nicht nur das Jahr der Coronakrise, sondern auch das Biodiversitätsjahr. Viele Menschen denken jetzt, dass die Coronakrise das wichtigste Thema ist.

Doch nicht trotz Coronakrise, sondern gerade deswegen sollten wir uns diesem wichtigen Thema widmen. Weltweite Pandemien werden nämlich durch globale Umweltzerstörung erst möglich. Umweltschutz ist also auch Seuchenschutz.

Um diese Aussage so richtig zu verstehen, sollte man sich mit dem Modell der planetaren Grenzen unserer Erde vertraut machen. Dieses Modell unterteilt sich in die Bereiche Biodiversitätsverlust, Landverbrauch, Luftverschmutzung, Klimawandel, Ozeanversauerung, Nutzung von Süßwasservorkommen, Verlust des Ozongehalts in der Stratosphäre.

In der Stellungname des Bundesumweltministeriums zum Modell der planetaren Belastbarkeitsgrenzen, insbesondere zur biologischen Vielfalt ist zu lesen: "Im Hinblick auf die abnehmende Intaktheit der Biosphäre durch den Rückgang der biologischen Vielfalt sowie im Hinblick auf die Störung der Nährstoffkreisläufe von Stickstoff und Phosphor als Beispiel biogeochemischer Flüsse hat sich die Menschheit weit vom sicheren Handlungsraum entfernt und setzt sich einem hohen Risiko negativer ökologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Folgen aus."

Im Bezug auf den Verlust der Biodiversität befinden wir uns schon in einem kritischen Bereich. Was bedeutet eigentlich Artensterben? Das sagt ja schon der Name. Täglich sterben 150 Tier- und Pflanzenarten unwiederbringlich aus.

Der Begriff Massenaussterben bedeutet, dass 75 Prozent aller Arten aussterben, was wiederum letztendlich zum Zusammenbruch unserer Zivilisation führt. Ein solches Massenaussterben bedeutet dann auch für unsere Spezies das sichere Aus, da ganze biologische Kreisläufe zusammenbrechen.

In seinem ersten globalen Bericht zum Zustand der Artenvielfalt zeichnet der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) ein dramatisches Bild: Von den geschätzt acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit sei rund eine Million vom Aussterben bedroht.

Das Ausmaß des Artensterbens sei in der Geschichte der Menschheit noch nie so groß wie heute gewesen und die Aussterberate nehme weiter zu. Drei Viertel der

Naturräume auf den Kontinenten seien vom Menschen bereits erheblich verändert worden, in den Meeren zwei Drittel.

Gründe hierfür sind die Vernichtung von Lebensräumen. Ein Maisacker hat zum Beispiel die biologische Wertigkeit eines Parkplatzes. Leider wird die Coronakrise von manchen Politikern auch dazu genutzt, den Umweltschutz zurückzudrängen. Dabei existiert gerade jetzt eine große Chance, milliardenschweren Wirtschaftshilfen für einen Strukturwandel in Richtung einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsform einzusetzen. Das zeitliche Fenster hierfür schließt sich aber leider auch schnell wieder.

v.g





"Dein Programm für Telgte"

Unter dem Titel "Dein Programm für Telgte" hatten wir aufgerufen, sich an unserem Programmprozess zur Findung eines Kommunalwahlprogrammes zu beteiligen.

An Ständen auf den Wochenmärkten Ende Februar und im Internet haben uns wahnsinnig viele Vorschläge erreicht. Von ganz abstrakten Forderungen bis hin zu ganz konkreten Ideen war ein riesiger Querschnitt von unterschiedlichen Themen dabei.

Vielen Dank an alle, die sich eingebracht haben. Alle Ideen wurden von den Mitgliedern Anfang März in einem ganztägigen Workshop diskutiert und um eigene Ideen und Themen ergänzt.

Eigentlich wollten wir das Wahlprogramm schon beschlossen haben und an dieser Stelle veröffentlichen, doch die entsprechende Mitgliederversammlung, die das Programm beschließen muss, ist aus bekannten Gründen ausgefallen. Sobald das Programm beschlossen wird, werden wir dieses natürlich auf allen Kanälen veröffentlichen.

m.h.

Unsichtbare Politik

Im November wurde im Haupt- und Wirtschaftsförderungsausschuss die Hauptsatzung der Stadt Telgte geändert.

Ziel der Änderung war, Beschlüsse, die öffentlich bekannt gemacht werden müssen, nur noch im Buswartehäuschen am Rathaus auszuhängen und auf der Homepage der Stadt zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises und der Aushang an der Bushaltestelle in Westbevern-Dorf entfallen. Letzteres ist schade, weil damit auch Politik aus dem öffentlichen Raum verschwindet. Diese hat sicherlich mitunter die Aufmerksamkeit durch Passant*innen gefunden, mindestens aber die der Wartenden an der Bushaltestelle.

g.k



Verschoben, verrückt, verkehrt?

Wie Corona unsere Gesellschaft verändert hat

Noch zu Karneval kaum vorstellbar: Die Menschen in Telgte, in ganz Deutschland und mehreren europäischen Nachbarländern lassen sich innerhalb von Tagen zumindest zeitweise einiger ihrer Grundrechte berauben.

Das Recht auf Versammlungsfreiheit, auf freie Religionsausübung, die Freiheit des Aufenthaltsrechts werden am Freitag, dem 13. März durch Entscheidungen der Bundes- und Landesregierung temporär aufgehoben; Schulen, Universitäten, wenig später Geschäfte, Gaststätten, Hotels werden geschlossen. Großeltern sollen ihren Enkelkindern möglichst nur noch unter Einhaltung von 1,5 Meter Abstand besuchen, Ehepartner*innen, von denen eine*r im Altenheim lebt, dürfen sich nicht mehr 'live' sehen. Die fünf Sinne werden um den Tastsinn gekürzt.

Das Wortspiel: "Telgte ist derzeit mit Abstand am

Einfach.

Schön.

Natürlich.

schönsten" verdeutlicht, dass Umarmungen tabu sind, es sei denn, zwischen Eltern und Kindern, Geschwisterkindern. (Ehe-) Paaren, die in einer Beziehung, einem Hausstand gemeinsam leben. "Diese guälenden Wochen. möglicherweise Monate des Ausnahmezustands werden sich in das kollektive Gedächtnis einer ganzen Generation einbrennen" schreibt die Korrespondentin Eva Quadbeck in den "Westfälischen Nachrichten' Ende April.

Papst Franziskus steht Ostersonntag allein auf dem
Petersplatz in Rom, wo
er sonst mit über
20.000 Gläubigen
das wichtigste
Fest der Christen
feiert, und verkündet den Segen "Urbi et Orbi"
Skurril.

Die Tempel des Konsums und des Sports bleiben großenteils geschlossen. Die ganze Fußball - Nation bangt darum, wann und unter wel-

chen geisterhaften Umständen der deutsche Meister der ersten Bundesliga gekürt werden soll; Preußen Münster spricht sich für einen Shutdown der 3. Bundesliga aus und würde dann eventuell nicht absteigen.

Auslandsreisen Sommer? Mallorca bleibt erst mal geschlossen. Die Lufthansa, die die Touristen dorthin fliegen könnte, erwartet einen Zehn-Milliarden-Kredit vom Steuerzahler. Ein Teil der Belegschaft ist bereit, auf Gehalt zu verzichten. Wird die deutsche, die europäische Gesellschaft solidarischer, als sie es vorher war? Kurzarbeit ermöglicht den Betrieben eine geringere Beschäftigung bei sinkender Nachfrage und ausbleibenden Aufträgen. Der Staat fängt einen Großteil des ausfallenden Verdienstes auf. Das freilich wird

zahlreichen Arbeitnehmer*innen Haushalten nicht reichen und die Spannungen in Familien ansteigen lassen, besonders in solchen, deren Wohnverhältnisse und damit deren Bewegungsmöglichkeiten buchstäblich beengt sind. Wenn der Arbeitgeber der Frau in der Familie, die mit fünf Personen in einer Vier-Zimmer-Wohnung lebt, Home-Office zumutet, diese ihre drei Kinder betreuen soll, von denen eines eigentlich einen eigenen PC-Arbeitsplatz braucht, um die elektronisch übermittelten Hausaufgaben zu erledigen, die Kinder nicht draußen spielen, toben, sich begegnen dürfen, der Mann in Kurzarbeit steht, kann der häusliche Segen ganz schön schief hängen, weil die Nerven blank liegen. Und wenn's dann noch regnet...

Gastronom*innen, Hotelbesitzer*innen, Veranstaltungstechniker*innen, Freiberufler*innen, deren Haupterwerbsquelle Honorartätigkeiten
als Musik-,
Sprach- oder
I T - U n t e r richt Erteilende,
Schauspieler*innen, Kulturschaffende allgemein sind, geraten in existenzielle Not. Wegen eines
Virus.

Die Vokabel Krieg, den die Menschen zu führen hätten, ist allerdings in diesem Zusammenhang fehl am Platz. Kriege entstehen aus Machtansprüchen und Expansionsgelüsten der Herrschenden, nicht durch Krankheiten. Wohl kann der Kampf um Zugang zu wichtigen Ressourcen - im Gesundheitswesen, zu Energie und sauberem Wasser zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen.

Beim Kampf um Zugang zu den Rettungsschirmen in Kredit- oder Bürgschaftsform erkennt man ebenfalls eher sozialdarwi-

nistische Verhaltensweisen als solidarisches Handeln.

Und wie steht's mit dem Klimawandel? Die CO2-Emissionen sinken um Tausende von
Tonnen, wenn
ganze Luftfahrtflotten am
Boden bleiben.

Diese radikale Art von Klimaschutz wünschen wir uns vermutlich nicht.

Aber ein paar gute Seiten hat die Corona-Krise vielleicht doch: Es werden wieder Briefe in Papierform geschickt, z. B. an Bewohner*innen des Altenheims Maria Rast in Telgte; Jugendliche übernehmen die Aufgabe des Telgter Teilers, ärmeren Bürger*innen Nahrungsmittel zu bringen. Sie handeln solidarisch. Und dass es möglich ist, weniger Kohlendioxid und andere schädliche Gase in die Erdatmosphäre zu pusten, wenn wir auf einige Flüge und Autofahrten verzichten - auch das haben wir erlebt und mitgemacht.

b.

Vom Virus lernen

Nicht zu sehen, schmecken, fühlen oder hören und doch legt es große Teile unseres Lebens still.

Eine abstrakte Bedrohung zeigt uns, wie verwundbar unser komplexes System durch unerwartete Einflüsse von außen ist, dass wir nach wie vor Teil der Natur und dadurch abhängig von ihr sind. Was ist das? Genau! Die Klimakrise.

Zwar wesentlich kleiner, aber in Teilen ähnlich haben wir so etwas bereits in der Corona-Krise erlebt. Die Wissenschaft hat uns gewarnt und die Politik hat schnell reagiert. Nicht mit Absichtserklärungen, sondern mit der schnellen Umsetzung aller notwendigen Maßnahmen. Sieht so aus, als hätte das funktioniert. Das sollte uns zu denken geben!

g.k

2HEAVEN Eco Concept Store for women + men

Kapellenstr. 4 · 48291 Telgte · 02504 9864938

Mo-Fr 10-13 Uhr, 15-18 Uhr · Sa 10-13 Uhr

Kontaktadressen Ortsverband: Marian Husmann Tel: 9 33 51 36

Ratsfraktion: Sabine Grohnert Tel. 7 70 96







Stadtverwaltung 4.0

Telgte digitalisiert sich

Schon lange bevor die Corona-Pandemie die Digitalisierung in den Fokus aller rückte, haben Stadtverwaltung und Politik einen Digitalisierungsprozess initiiert. Mit externer Beratung wurde in verschiedenen Workshops - zunächst verwaltungsintern, dann mit Beteiligung der Politik - überlegt, welche Projekte der Digitalisierung in der Telgter Verwaltung umgesetzt werden können und sollen.

Wichtig war hierbei stets, dass die entsprechenden Mitarbeiter*innen durch die Digitalisierung eine Erleichterung der Arbeit erfahren oder für die Bürger*innen eine deutliche Verbesserung der Services entsteht. Am Ende der Diskussionen standen vier Projekte, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Die folgende kurze Erläuterung der Projekte kann, wegen des analog begrenzten Platzes, nicht umfassend sein. Die detaillierten Informationen gibt es über die Recherchefunktion auf www.buergerinfo.telgte. de/buergerinfo

Das erste Projekt betrifft die digitale Ratsarbeit. Hier besteht bisher ein duales System. Die Unterlagen werden den Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürger*innen in Papierform zur Verfügung gestellt und gleichzeitig digital im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Hier sollen zunächst in einer Testphase, die schon diesen Monat beginnt, je Fraktion ein technisch erfahrenes und ein technisch unerfahrenes Mitglied die Sitzungen komplett digital vorbereiten.

Hierzu hat die Verwaltung die Funktionen des Ratsinformationssystem beim Dienstleister Somacos aufgestockt und außerdem für die testenden Ratsmitglieder digitale Geräte (Tablets) angeschafft. Wenn die Testphase erfolgreich ist, soll entschieden werden, ob die Ratsmitglieder Tablets gestellt bekommen oder aber einen Zuschuss zur Anschaffung eines Endgerätes bekommen. Ziel ist es, die Ratsarbeit komplett zu digitalisieren.

Das zweite Projekt betrifft die Online Services der Verwaltung. Hier fordert der Gesetzgeber bis Ende 2022 die Einführung digitaler Dienste für die Bürger*innen. Aktuell nutzt die Verwaltung sowohl digitale als auch analoge Verfahren, jedoch meist ohne Schnittstelle für die Bürger*innen. Medienbrüche, also der Wechsel zwischen digital und analog, erschweren die Arbeit, es fehlt ein zentrales Dokumenten-Management-System (DMS).

Bis Ende 2022 sollen umfassende Online Services eingeführt und am Serviceportal NRW teilgenommen werden, um Anliegen komplett digital bearbeiten zu können. Das Angebot der Verwaltung wäre dann orts- und zeitunabhängig erreichbar. Hierzu werden seit dem letzten Jahr die technischen Voraussetzungen geschaffen und die Mitarbeiter*innen der Verwaltung geschult. Schrittweise sollen dann die jeweiligen Anträge im Serviceportal eingepflegt werden und dieses soll mit dem zentralen DMS und dem Stadtportal verknüpft werden.

Das dritte Projekt ist das zentrale DMS. Bereits jetzt arbeiten schon viele Bereiche der Verwaltung digital. E-Mails, Kalenderführung oder Anwendungen in Fachverfahren sind digital. Jedoch fehlt die Möglichkeit einer zentralen Ablage der Dokumente. Auch herrschen zwischen den verschiedenen Programm Brüche, die ein "Weiterreichen" der digitalen Akte unmöglich machen.

Ein DMS kann diese Prozesse optimieren und effizienter gestalten. Auch ist es möglich, dass mehrere an einer Akte gleichzeitig arbeiten und so Bearbeitungszeiten nochmals verkürzt werden. Das DMS ist außerdem Voraussetzung für ein digitales Arbeiten auch von unterwegs, etwa zuhause. Bis das DMS vollständig in allen Bereichen umgesetzt ist, werden allerdings nach Schätzung der Verwaltung noch vier bis acht Jahre vergehen.

Das vierte Projekt ist der Aufbau eines Stadtportales. Dieses soll zwei Funktionen haben. Zum einen soll es die bisherige Website der Stadt ersetzen. Es soll "responsiv", also für mobile Endgeräte nutzbar sein. Hierbei soll auch das Design des Stadtportales ein modernes sein und das digitale Standortmarketing unterstützen.

Wichtigste Funktion ist aber wohl das zentrale Content Management System (CMS). Hierüber können alle Aktivitäten der verschiedenen städtischen Kanäle gesteuert werden. Ebenso soll eine Schnittstelle für alle weiteren digitalen Angebote geschaffen werden. Die Online Services, das DMS, die Ratsarbeit und andere Projekte wie alles-in-telgte. de oder das Telgter Modell sollen eingebunden werden. Auch wird es ein digitales Bürgerkonto geben, mit dem die digitalen Bürger*innenservices genutzt werden können. Alles unter einem Dach also.

Durch die Haushaltssperre werden die Prozesse zunächst jedoch etwas ausgebremst. Eine zusätzliche Stelle für die Koordinierung der Digitalisierungsprozesse und das Stadtentwicklungskonzept soll zunächst nicht besetzt werden. Die Digitalisierung wird dadurch aber nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. Die gesetzlich verpflichtenden Umsetzungsschritte laufen natürlich weiter.

m.h





Vom Weiler zum Ortsteil

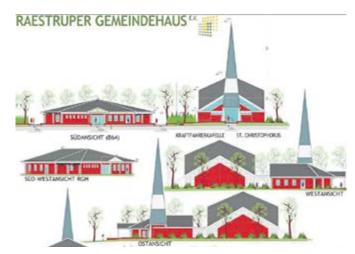
Gemeindehaus bringt Fortschritt für Raestrup

Zentraler Baustein des Dorfentwicklungskonzeptes für Raestrup ist das Gemeindehaus, das neben der Kraftfahrerkapelle entstehen und zum gesellschaftlichen Mittelpunkt werden soll. Wie ist der Stand der Dinge?

Vor allem aus planungsrechtlichen Gründen erschien die Realisierung zunächst quasi unmöglich. Raestrup ist als sogenannter "Weiler" durch eine Außenbereichssatzung gesichert, die sich aber nicht bis zur Kraftfahrerkapelle erstreckt. Entwicklungsmöglichkeiten sind in dieser Konstellation eigentlich nicht vorgesehen.

Aber die Raestruperinnen und Raestruper, organisiert im eigens gegründeten "Raestruper Gemeindehaus e. V." ließen nicht locker, holten Politik und Verwaltung mit ins Boot, starteten das "Dorfinnenentwicklungskonzept (DIEK)" und führten zusammen mit der Verwaltung viele Gespräche mit der Bezirksregierung und dem Kreis. Das Ergebnis: Raestrup soll zum Ortsteil und damit Innenbereich werden, der Flächennutzungsplan wird geändert und es wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Damit ist auch für das Gemeindehaus der Weg frei, sobald das Verfahren in den Gremien der Stadt abgeschlossen ist.

Nächste Hürde ist die Finanzierung. Bis zum 30. September kann bei der Bezirksregierung ein Förderantrag gestellt werden, der aber nur bewilligt wird, wenn der Eigenanteil gesichert ist. Dieser muss durch Spenden zusammen kommen und auch das wird durch Corona natürlich negativ beeinflusst, weil Firmen als gute Ansprechpartner derzeit häufig selber klamm oder vorsichtig zurückhaltend sind. Spendenzusagen, ob groß oder klein, sind also hochwillkommen und können unter kontakt@



raestruper-gemeindehaus.de zur Kenntnis gebracht werden, oder direkt abgeschickt auf das Konto DE30 4016 0050 3519 3105 00.

Derzeit holt der Verein Angebote für den Bau rein. Wenn die Finanzierung bis September steht, kann der Förderantrag und im Anschluss der Bauantrag gestellt werden. Wenn es optimal läuft, könnte also im nächsten Jahr der erste Spatenstich gemacht werden.

Wir wünschen den Initiator*innen weiterhin einen langen Atem und viel Glück!

g.k.

Mobilität beginnt im Kopf...

...oder warum eine Verkehrswende so schwierig ist. So lautete der Titel des Vortrags des Mobilitätsforschers Prof. Knie aus Berlin, den er auf Einladung der BI B51 Telgte Ende November hielt.

Zu meiner Verwunderung holte der Experte erst einmal zeitlich weit aus. Er begann seinen Vortrag mit den Anfängen der Eisen- und Straßenbahnen. Eine Zeit, in der viele Schienenstrecken gebaut wurden und die Menschen lernten mit Streckenund Fahrplänen umzugehen und zu planen.

Die Bahnen blieben lange, neben dem Fahrrad, das Hauptverkehrsmittel und bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg war das private Automobil in Deutschland eine seltene Ausnahme.

Ganz anders war es in den USA. Dort gab es bereits in den 1930er Jahren zahlreiche private PKW und die entsprechende Infrastruktur, wie Straßen, Stellplätze und Tankstellen. Und vor allem gab es eine moderne Automobilindustrie mit zahlreichen Arbeitnehmern, die so gut verdienten, dass sie sich die Autos auch leisten konnten. Das Auto wurde zum Sinn-

bild einer modernen, mobilen Gesellschaft.

In Deutschland wurde während der NS-Zeit den wenigen PKWs Vorrechte im Straßenverkehr gegeben und die Autoindustrie gefördert. Nach dem zweiten Weltkrieg waren sich die Politiker über alle Parteigrenzen hinweg einig, dass die zerstörten Städte möglichst autotauglich wiederaufgebaut werden sollten und die deutsche Autoindustrie entstand.

Und ab den 1960er Jahren wurde dann ein privater PKW für einen Arbeitnehmer mit einem Durchschnittseinkommen erschwinglich. Die bereits gebauten Straßen wurden mehr und mehr genutzt.

Die sich daraus ergebenden Herausforderungen, wie mehr Unfälle, Parkplatzprobleme und Staus wurden mit immer mehr Straßen und Parkraum nur für Autos gelöst. FußgängerInnen, FahrradfahrerInnen und spielende Kinder wurden eigene Flächen am Rand zugewiesen. Deutschland wurde zum Automobil- und Autoexportland.

Mit Aufkommen der Umweltbewegung Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre kam an dieser Politik Kritik auf und erste Forderungen nach einer anderen Verkehrspolitik wurden laut.

Jetzt haben wir das Jahr 2020 und immer mehr Menschen sprechen sich für eine Verkehrswende aus, die aber nicht wirklich voran kommt. Umweltschutz wird ein immer dringenderes Thema und auf Weltklimakonferenzen und anderswo werden Abkommen und Absichtserklärungen unterzeichnet.

Und warum finde ich es wichtig, hier über die Vergangenheit zu schreiben? Die Verkehrswende soll doch zukünftig was ändern. Weil mir im Laufe des Vortrages bewusst wurde, welchen Vorlauf es gebraucht hat, um das Auto so weit in unseren gesellschaftlichen Alltag zu intergrieren. Wieviel politische Entscheidungen und Investitionen getätigt werden mussten, damit die Anschaf-

fung eines eigenen PKW unumgänglich wurde.

Es ist sicher richtig und gut, sich persönlich für eine umweltverträgliche Mobilität zu entscheiden, aber ebenso wichtig ist die möglichst breite politische Diskussion, um das Wie einer Verkehrswende, die Ihren Namen verdient. Und es eilt, wenn wir auf die Wissenschaft hören!

b.s



Planung dreht sich im Kreis

Westbevern braucht nicht mehr Verkehr

Wer schon einmal durch Westbevern-Dorf gefahren ist, der kennt "das" Nadelöhr im Ort: die Kreuzung Grevener Straße/Lengericher Straße.

Besonders der Schwerlastverkehr hat an dieser Stelle Probleme mit der engen Kreuzung. Es kommt schon mal zu längeren Rückstaus in den Stoßzeiten. Dazu kommen schmale Fußgängerwege und nicht vorhandene Radwege bzw. Radschutzstreifen.

Gerne wird dann an solchen Stellen ein groß angelegter Kreisverkehr errichtet. In Westbevern-Dorf ist das durch vorhandene Gebäude aber so nicht möglich, es sei denn man wäre bereit, diese denkmalgeschützten Gebäude komplett zu entfernen.

Und eines vorab: das sind wir nicht!

Einen Ausbau oder Umbau des Kreuzungsbereiches in Westbevern-Dorf insbesondere durch einen Kreisverkehr halten wir mit den bisher vorliegenden Informationen ohnehin für kontraproduktiv. Hierdurch würde einseitig der Straßenverkehr beschleunigt, was gerade nicht in unserem Interesse ist.

Auch eine Ampellösung, wie von den Straßenverkehrsbehörden untersucht, bringt keine Vorteile, sondern überwiegend Nachteile (noch mehr Rückstaus). Die Sicherheit von Fußgängern und Radwegen würde aus unserer Sicht hierdurch auch nicht verbessert.

Auch wenn die heutige Situation im Kreuzungsbereich nicht zufriedenstellend ist, wird zumindest der Schwerlastverkehr hierdurch entschleunigt, mehr als Schrittgeschwindigkeit ist kaum möglich. Natürlich behindert das von Zeit zu Zeit den Verkehrsfluss und führt zu Rückstaus.

Das Ortsbild sollte nicht zugunsten eines "besseren" Verkehrsflusses gravierend verändert werden. Dazu gehört natürlich auch, dass keine historischen und denkmalgeschützten Gebäude abgerissen werden. Sehr sinnvoll wäre es daher aus unserer Sicht, möglichst viel Schwerlastverkehr zu verhindern.

Viele sehen da neidisch auf das Durchfahrverbot für LKW in Albersloh. Um ein solches Durchfahrverbot auch in Westbevern-Dorf zu erreichen, bräuchte es zunächst einmal genauere Zahlen. Von der Kreisverkehrsbehörde gibt es leider nur wenig Zahlenmaterial und auf unsere Nachfrage im Bauausschuss erklärte der Sachverständige, dass zwar Anzahl und jährliche Zuwächse bekannt seien, aber nicht von wo nach wo gefahren wird. Ob also zum Beispiel eine Maut einen Effekt hätte, kann somit nicht gesagt werden.

Die Belegung der Ortsdurchfahrt mit einer Maut oder ein Durchfahrverbot für den Schwerlastverkehr (Anlieger ausgenommen!) halten wir für sinnvoll. Leider kann das nicht auf Stadtebene entschieden werden. Entsprechende Anfragen gab es schon mehrfach. Standardantwort bisher: zuständig sind hierfür Bund-(Maut) bzw. Kreisverkehrsbehörden und dort besteht offensichtlich wenig Interesse, entsprechende Änderungen vorzunehmen.

Allerdings: je mehr Druck aus der Politik und von der Straße ausgeübt wird, desto wahrscheinlicher werden sich diese Behörden mit dem Problem befassen.

m.b.

Danke den Mitarbeitenden der Verwaltung!

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,

seit mehr als 5 Wochen sind Sie im Krisenmodus, fahren Sonderschichten, arbeiten zu merkwürdigen Zeiten und regeln ungewohnte, unplanbare, ständig dringende Dinge. Zum Teil jonglieren Sie auch noch Kinderbetreuung und Schulersatz. Sogar an den sonnigen Ostertagen waren einige von Ihnen fleißig, vermutlich nicht nur bei der wenig attraktiven Aufgabe der Kontrollen als Ordnungsamt.

Ganz herzlichen Dank sagen wir Ihnen allen dafür als Grüne Fraktion.

Wir schätzen dieses Engagement, sehen sicherlich dabei nicht alles, was Sie tun und wünschen Ihnen weiterhin Ausdauer, starke Nerven und gute Laune.

Wir drücken uns allen die Daumen, dass sich die Situation für alle bald etwas normaler und erträglicher gestaltet.

Mit herzlichen Grüßen,

die Grüne Fraktion

Gelbe Säcke vor dem Aus

In der Hauptausschusssitzung am 28. Januar berichtet die Verwaltung, dass die Einführung einer gelben Tonne ab Anfang 2021 voraussichtlich möglich sei.

Das wäre dann aber keine Wertstofftonne, in die grundsätzlich recycelbare Materialien aus Kunststoff und Metall entsorgt werden können, sondern lediglich eine Alternative zu den gelben Säcken, in die ebenfalls nur Verpackungen gehören, die mit dem grünen Punkt markiert sind. Vorteile der gelben Tonne liegen darin, dass der Straßenraum nicht mehr durch aufgeplatzte Säcke verunreinigt wird und dass bei geänderten Rahmenbedingungen die Tonne einfach in eine Wertstofftonne umgewandelt werden kann.

Vor allem letzteres wäre wichtig, da bei dem derzeitigen System recycelbare Materialien, die keine Verpackungen sind – Kleiderbügel etwa - in die Reststofftonne gehören und deponiert werden. Die Recycling-Quote bei Verpackungen liegt übrigens, je nach Rechenart, lediglich zwischen 22 und 42 Prozent. Das liegt daran, dass zu viele unterschiedliche Kunststoffarten verwendet werden, die dann hinterher schlecht zu sortieren



sind. Häufig bestehen auch einzelne Verpackungen aus unterschiedlichen Materialien, weil etwa die Folie, die abgezogen werden muss, um an das Produkt zu kommen, andere Eigenschaften haben soll, als der eigentliche Behälter. Wird die Folie nicht komplett entfernt, landen beide Teile in der Verbrennung. Hier ist der Gesetzgeber gefordert!

Und lustig zum Schluss: Den Kleiderbügel im gelben Sack, der nach Menschenverstand recycelt werden sollte, dort aber nicht hingehört, weil er mit dem dualen System nichts zu tun hat, bezeichnet die Fachwelt als "intelligenten Fehlwurf".

한국의 코로나

Ich habe ein Jahr in Seoul, Süd-Korea gelebt und bin am 22. April wieder nach Deutschland eingereist.

Am 26. Januar hörte ich in den koreanischen Nachrichten zum ersten Mal von Corona. Damals drei Infizierte. Man sah Bilder von chinesischen Omas, die sich um Gemüse prügelten – stark beeindruckend.

Von der Regierung wurde durch Aufklärung über das Virus, klare Empfehlungen, aber mit wenig Restriktion reagiert. Empfohlen wurde, Masken zu tragen und sich die Hände regelmäßig zu waschen, woran an öffentlichen Orten und durch die Medien stetig erinnert wurde. Großveranstaltungen wurden gestrichen, die Semester für mehrere Wochen verschoben und online classes begonnen. Restriktionen lagen nur auf Personen, die Kontakt mit Infizierten hatten und/ oder aus dem Ausland eingereist waren. Ich würde lügen, würde ich sagen, meine Freund*innen und ich hätten die Situation von Anfang an ernst genommen. Dennoch waren wir vor- und umsich-

Ziemlich schnell sah man mehr Menschen mit Schutzmasken herumlaufen, ganz egal ob koreanisch, ausländisch oder auch Kinder (welche sich weder stranguliert noch unverantwortlich verhalten haben). Jetzt mögen einige denken, dass das aufgrund der Luftverschmutzung doch normal sei in Asien. Dazu muss ich aber ein ganz klares "Nein" für Korea aussprechen. Natürlich sind Masken dort viel alltäglicher, allerdings habe ich es auch an Tagen mit starker Luftverschmutzung in solchen Dimensionen nie erlebt.

Maske-Tragen zeigt, dass man auf die Gesundheit anderer Rücksicht nimmt. Wie man in Deutschland langsam und nur teilweise realisiert hat: Mit Masken schützt man nicht sich selbst, durchaus aber Mitmenschen. Der Sinn von Masken wurde in Korea nie angezweifelt, die Versorgung mit Masken war stets gesichert. Dennoch gab es nie eine Maskenpflicht. Desinfektionsmittel standen an allen öffentlichen Orten (auch in Bussen und Bahnstationen) zur Verfügung. Viele begaben sich freiwillig in Isolation, um sich vor dem Virus zu schützen. Die Straßen Seouls wurden leerer, Sitzplätze in den Bahnen waren auf einmal leicht zu bekommen - sehr seltsames Gefühl.

Diese Entwicklung fand schon statt, bevor die Zahlen wegen der christlichen Sekte in Daegu ab dem 20. Februar anstiegen und dafür sorgten, dass vier Tage später Korea das Land mit den meisten Infektionen außerhalb Chinas war.

Lockdown für Daegu, aber nicht für andere Regionen Koreas. Ab dem Zeitpunkt wurden Warnmeldungen an Handys geschickt, um darüber zu informieren, wenn man sich in einem Gebiet befindet, in dem es Infizierte gibt. Das alles war auch in einer App einsehbar. Für mich war das unnötige Panikmache, im Endeffekt aber wahrscheinlich einer der Gründe. warum man sich in Korea eigenverantwortlicher verhält. Fragen aus Deutschland, Aufforderungen zurückzukommen solange noch möglich, diese Panik konnte ich nicht verstehen. Ich fühlte mich sicher.

Nach Daegu wurde vor Betreten eines Clubs oder einer Bar die Körpertemperatur gemessen, was für uns schnell zu unserem liebevoll genannten "regelmäßigen Coronatest" wurde.

Unglaublich aber wahr: wir sind ausgegangen und alle gesund. Zwar traf man auch hier weniger Menschen als gewohnt, aber die Möglichkeit auszugehen war da und wurde nur zeitweise durch die Clubs selbst ausgesetzt. Auch die Restaurant- und Cafékultur blieb weiterhin intakt. Mein Leben ging also beruflich und privat wie gewohnt weiter. Ich

habe nicht einmal vor leeren Regalen gestanden, was ich persönlich nur auf die Kultur des Teilens in Korea zurückführen kann. Sich umeinander zu kümmern, umsichtig sein, nicht sich selbst als höchste Priorität zu sehen. Der zwischenmenschliche Umgang war der Grund für mein Gefühl von Sicherheit und Freiheit zugleich. Keine Angst vor Fehltritten, denn die Beschränkungen blieben aus.

Es gab viel weniger Einschränkungen als in Deutschland und Korea war trotzdem imstande, das Problem innerhalb von 3 1/2 Wochen in den Griff zu bekommen. Ab dem 15. März überwog die Zahl der Genesenen die der Neuerkrankungen. Das alles ohne Social distancing. Ist das nicht der absolute Wahnsinn? Wie hat Korea das geschafft?

Durch diszipliniertes, aber eigenverantwortliches Verhalten aller, durch konsequentes Tracking von Aufenthaltsorten und Kontaktpersonen von Infizierten dank freiwilliger Eigenangabe, durch regelmäßiges Desinfizieren öffentlicher Plätze, Busse und Bahnen.

Mein letzter Stand der Zahlen während meines Aufenthaltes in Korea am 20. April: 4 Neuinfektionen und knapp über 2.000 Erkrankte. Insgesamt hatte Korea 10.774 Infizierte, 9.072 Genesene und 248 Todesfälle. 1.454 sind noch krank (Stand 01. Mai) und das trotz einer derartig hohen Bevölkerungsdichte.

Bei Einreise in Korea wird man in einen separaten Raum geführt, in dem man gesundheitlich gecheckt, über Corona und die Verhaltensregeln in den nächsten 14 Tage aufgeklärt wird. Installiert wird eine App, in der man seinen Aufenthaltsort einmalig und seinen gesundheitlichen Zustand täglich eingibt. Man erhält Fieberthermometer. Desinfektionsmittel und Schutzmasken und wird von einem Taxi zur Unterkunft gebracht. Alles



bis auf die Unterkunft wird vom Staat finanziert. Die Daten werden dem Gesundheitsamt übermittelt, es werden Hausbesuche durchgeführt.

Meine Rückreise nach Deutschland: im Flugzeug ein Blatt mit Information zum Virus. Keine Informationen darüber, dass ich mich in Quarantäne begeben muss, keine Gesundheitskontrolle am Flughafen in Deutschland, kein sicherer Transport nach Hause. Den einzigen "Hinweis" bekam ich von einem Sicherheitsbeamten des Flughafens. Er riss seine Maske herunter und schrie mich – die selbstverständlich wie immer eine Schutzmaske trug – an, ich solle Sicherheitsabstand einhalten.

Greta Scharfe

Die Überschrift heißt übrigens "Corona in Korea"



- √ Fachpflege rund um die Uhr
- √ Mobilitätshilfe
- √ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V. Voßhof 10 48291 Telate

Tel.: 02504 - 73 96 043

Mail: post@urlaub-und-pflege.de Home: www.urlaub-und-pflege.de